

6) Gespräche des Vizeausenministers der Russischen Föderation, S. Lawrow, in Bern, am 6. April 1992

Der für multilaterale Angelegenheiten zuständige Vizeausenminister der Russischen Föderation, Serguei Lawrow (L), welcher dieser Tage bei der ECE in Genf weilte, ist am 6. April von den Staatssekretären J. Kellenberger und F. Blankart zu Gesprächen in Bern empfangen worden. Nebst der Erörterung bilateraler Fragen informierte L über die Lage in Russland und in der GUS.

1. Gespräche mit Staatssekretär J. Kellenberger (KE)

Bilaterale Fragen:

Im Hinblick auf die von beiden Seiten gewünschte Fortsetzung der Intensivierung der bilateralen Beziehungen bekundeten die Gesprächspartner ihr Interesse an einer möglichst raschen Regelung der Frage der (bereits eingeleiteten) Nachfolge der Russischen Föderation in die zwischen der UdSSR und der Schweiz abgeschlossenen bilateralen Verträge. Russischerseits wurde der Wunsch ausgesprochen, die per Ende Jahr auslaufende bilaterale Absichtserklärung über Zusammenarbeit zu erweitern und zu verlängern. Die Unterzeichnung sollte auf Ebene der Aussenminister im Herbst dieses Jahres in Bern vorgesehen werden.

L überreichte ebenfalls ein Aide-Mémoire, mit dem der Abschluss eines gemeinsamen Protokolls zur Festlegung regelmässiger Konsultationen in bilateralen und multilateralen Fragen vorgeschlagen wird. Schliesslich sprach L KE eine Einladung zu einem Besuch nach Moskau aus.

Zur Lage in Russland und in der GUS

Für L entbehrt die Lage in der GUS nicht der Widersprüche, erweisen sich doch die früheren Abhängigkeiten unter den jetzt unabhängigen Staaten noch als stark. Dazu kommt, dass die Reformbemühungen in vielen Bereichen auf hartnäckigen Widerstand der noch immer auf mittlerer und unterer Ebene sehr präsenten alten Garde stossen.

Gemäss L müsse man in dieser Situation bereit sein - wie es Russland demonstriert - alte Strukturen, welche sich bewährt haben, weiterhin zu benutzen. Ein anerkanntes Interesse an einer gemeinsamen GUS-Politik gibt es bspw. im Bereich der Aussenschuld. Wo dies nicht der Fall ist, müssten unter GUS-Staaten regionale, bzw. bilaterale Abkommen ausgehandelt werden. So hat Russland kürzlich ein bilaterales Warenaustauschabkommen mit Kasachstan abgeschlossen. Zu den geographischen Grenzen der Rubelzone befragt, antwortete L, dass sie so gross wie möglich sein sollte. Letztlich entschieden darüber die anderen Republiken, in Abwägung der Frage,



ob sie bereit seien, die monetären Ziele Russlands zu akzeptieren. Er fügte hinzu, Russland werde sich strikt an sein wirtschaftliches Reformprogramm halten.

Im militärischen Bereich gilt es vordergründig, das Problem der planmässigen Vernichtung der taktischen Nuklearwaffen und der Kontrolle der ausserhalb Russlands stationierten Verbände zu lösen. Was ersteres anbelangt, habe Russland der Ukraine angeboten, ein gemeinsames Kontrollrecht bei der Vernichtung der nach Russland verlegten Nuklearwaffen auszuüben. Dadurch hoffe man, die ukrainischen Befürchtungen zu beschwichtigen. Bezüglich der Kontrolle der Streitkräfte entspricht es der russischen Absicht, alle Verbände unter russische Jurisdiktion zu stellen, um zu verhindern, dass sie in regionale Konflikte verwickelt werden. Langfristig sei deren Abzug aus allen GUS-Staaten beabsichtigt.

Im Zusammenhang mit dem Konflikt um Nagorny-Karabakh drückt L die Hoffnung aus, auf schweizerische Unterstützung bei der Suche nach einer "gerechten" Lösung zählen zu können. Gemäss L müssten alle Lösungsvorschläge, auch wenn sie von KSZE-Nichtmitgliedern stammten, berücksichtigt werden.

Zu den Prioritäten der russischen Aussenpolitik befragt, zählte L die Gestaltung der Beziehungen zu den übrigen GUS-Staaten, zu den Nachbarstaaten der GUS und zu den industrialisierten Staaten des Westens auf. Mit der EG wird laut L nicht ein Assoziationsabkommen, sondern die Erneuerung des von der UdSSR abgeschlossenen Kooperationsabkommens angestrebt. Ein besonderes Gewicht will Russland künftig auf die Zusammenarbeit mit der ECE (KSZE 2. Korb) legen.

2. Gespräche mit Staatssekretär F. Blankart (blf)

Gesprächsthemen waren sowjetische Zahlungsausstände gegenüber schweizerischen Exporteuren, das bilaterale Vertragsnetz, die Gemischte Wirtschaftskommission (GK) sowie Fragen im Zusammenhang mit dem allfälligen Beitritt zu den Bretton Woods-Instituten.

Einleitend wies blf auf die Einigung im Pariser Club vom 4. Januar d. J. sowie auf das Interesse der Schweiz hin, baldmöglichst ein bilaterales Stundungsabkommen mit Russland abzuschliessen. Neben öffentlichen Gläubigern seien weiterhin auch private Unternehmen von Ausständen betroffen. Man hoffe, dieses Problem könne bald gelöst werden. L stimmte beidem zu und bemerkte, Russland werde seinen Verpflichtungen voll nachkommen und zwar, wie er hoffe, schon bald.

Die Seiten waren sich einig, dass ein Teil der bilateralen Abkommen überholt, andere angepasst oder neu auszuhandeln seien. Dass das Investitionsschutz- und das Doppelbesteuerungsabkommen den neuen Realitäten anzupassen seien, wurde beidseits bejaht. L erwähnte, Russland sei daran interessiert, ein neues Handels- und Wirtschaftsabkommen, ein Abkommen über eine Handelsvertretung abzuschliessen sowie die bestehende Zusammenarbeitsdeklaration neu abzufassen.

Bezüglich GK unterstrich L, über deren Aufbau habe man russischerseits noch keine klaren Vorstellungen, man wolle aber eine einfache, flexible Struktur. Dem widersprach blf nicht und vertrat die schweizerische Auffassung, dass sowohl Regierungsvertreter als auch Vertreter der Privatwirtschaft daran beteiligt sein sollen. Die Zusammensetzung der Delegationen solle den Seiten überlassen bleiben. Wichtig sei, dass bestehende Probleme direkt angesprochen werden könnten.

Mit Blick auf einen allfälligen IWF-Beitritt bemerkte blf, was die Vertretung im Exekutivrat betreffe, so werde es keinen Alleingang der Schweiz geben. Bezüglich der Aufnahme in eine Ländergruppe sei man offen und würde auch mit Russland zusammenarbeiten. L erwähnte, Kagalovskij, der russische Verantwortliche für die Beitrittsverhandlungen zum IWF, sei zur Zeit in den USA. Er werde Bern über seine dortigen Gespräche informieren.
